

AUSSENANSICHT

Wir bauen uns eine Zivilgesellschaft

Chinas Regierung erlaubt den Menschen, sich in Bürger-Organisationen zu engagieren, kontrolliert diese aber immer schärfer. *Von Nora Sausmikak*

Zivilgesellschaft – für die einen ist dies ein Zauberwort, denn vielen gilt sie als Grundlage der Demokratie. Inbegriff des Bösen ist sie für andere aber auch. So heißt es in einem internen chinesischen Regierungsdokument, die Idee der Zivilgesellschaft komme aus dem Westen und werde von antichinesischen Kräften instrumentalisiert. Wie gut, dass es in China kaum Zivilgesellschaft gibt, dafür umso mehr „NGOs“, von Bürgern aufgebaute, nichtstaatliche Organisationen. Seit der UN-Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking ist eine bunte Landschaft unterschiedlicher NGOs entstanden; die einen sind vom Staat initiiert („Gongos“), die anderen als Graswurzel-Organisationen meist vom Ausland finanziell unterstützt.

Nach dem neuen Umweltgesetz, das im Januar in Kraft getreten ist, können Umweltgruppen Unternehmen verklagen. Damit haben einige Gruppen an Macht und Einfluss gewonnen. Andere, die sich zum Beispiel für Arbeitsrechte einsetzen, tun sich deutlich schwerer.

Anfang März nun verkündete die Regierung in Peking, dass chinesische NGOs aus „Gründen der nationalen Sicherheit“ stärkerer Regulierung bedürften. Seit Jahren bemüht sich China um eine genuin chinesische Definition von Zivilgesellschaft. Die Regierung will nichtstaatliche Akteure in die Schranken weisen und individuelles Engagement in kontrollierbare Bahnen lenken. Die bis 2013 amtierende Regierung

von Hu Jintao und Wen Jiabao hatte sich durch vorsichtige Reformen zugunsten der NGOs hervorgetan: Jene, die sich für die soziale Wohlfahrt, für Umweltschutz, Bildung, Sport, Kultur und Hygiene engagieren, dürfen sich seither direkt registrieren, ohne dass eine staatliche Institution für sie bürgen muss. Viele hofften, dies sei der Anfang einer Liberalisierung.

Wenige Monate später, mit dem Machtantritt Xi Jinpings, schlug der Ton um. Offensiv wird nun eine „Zivilgesellschaft mit chinesischen Charakteristika“ aufgebaut. Bürgerrechtler haben darin keinen Platz.

Mit Xi Jinping geht China nun gegen die „Unterwanderung“ durch antichinesische Kräfte in die Offensive. Alle bisherigen Regulierungen galten nur der Vorbereitung auf die deutliche Absage an westliche Stiftungen, sich politisch einzumischen, aber auch an chinesische Aktivisten. Seit dem Machtantritt Xis wurden mehr regierungsunabhängige Organisationen geschlossen und NGO-Mitarbeiter verhaftet als je zuvor. Einzelne Regimegegner wurden schon immer weggesperrt, aber noch nie ging die

Staatsgewalt so dezidiert gegen NGOs vor. Das Jahr 2014 war geprägt von zunehmendem Druck auf alle Organisationen, die sich nicht in das Korsett einer Servicegesellschaft oder des patriotischen Freiwilligenkults pressen ließen. Rigoros geht man gegen harmlose Demonstranten vor, wie zuletzt gegen fünf Frauen, die zum Weltfrauentag am 8. März eine Aktion gegen die sexuelle Belästigung von Frauen im öf-

Neue Gesetze zielen auf ausländische Stiftungen, treffen aber alle

fentlichen Nahverkehr geplant hatten. Die Verhaftung löste weltweite Empörung aus, am 13. April wurden die Frauen unter Vorbehalt wieder freigelassen.

China erlebt eine neue Machtkonzentration in der Parteizentrale. Im Juni 2014 machte Xi sich zum Chef der internen Planungsgruppe Finanzen. Zudem leitet er nun drei neu geschaffene Führungsgruppen, die sich um die Vertiefung von Refor-

men, um die nationale und die Cyber-Sicherheit kümmern wollen. Die für Cyber-Sicherheit zuständige Gruppe wird in Zukunft die Medienöffentlichkeit „lenken“ – und das neue Gesetz für zivilgesellschaftliche Organisationen wird gleich gemeinsam mit Antiterror- und Sicherheitsgesetzen formuliert.

Andererseits will die Regierung ein System der Rechtsstaatlichkeit („Rule of Law“) aufbauen. Bereits 1998 wurde die „Verfassung der Freiheit“ des Ökonomen und Sozialphilosophen Friedrich A. Hayek erstmals in China veröffentlicht. In dem Buch hatte der Liberale seine Überzeugungen zum freien Markt, zur Rule of Law und zu individuellen Freiheitsrechten niedergelegt. Das Rechtssystem soll in China aber vor allem Eigentumsrechte schützen. Eine Zivilgesellschaft mit freier Presse und dem Schutz individueller Freiheitsrechte ist vorerst nicht gewollt.

Zugegeben, klare Regeln für den Umgang mit Bürgerinitiativen sind notwendig. Auch muss man gegen die Korruption unter den vielen gemeinnützigen Organisatio-

nen vorgehen. Seit 2010 gibt es Gesetze, die die Annahme von Geld aus dem Ausland reglementieren. Profiteure des großen ausländischen Geldsegens waren aber bisher vor allem Universitäten und Regierungs-NGOs, nicht kleine Graswurzel-Organisationen. Insofern passt der Schlag gegen Institutionen, die viel Geld aus dem Ausland erhalten, in das Konzept der Anti-Korruptionskampagne, wegen der seit Xis Machtantritt 400 000 Staatsbedienstete ihre Stelle verloren haben.

Klarheit in der Gesetzgebung heißt in China auch immer stärkere Kontrolle und Säuberung von unliebsamen Kräften. Dazu gehören auch Ausländer, die sich unkontrolliert im NGO-Sektor tummeln, entweder als Geldgeber oder als Aktivisten. Die Vorfälle der vergangenen Tage und Wochen, die Ausweisung ausländischer Mitarbeiter von NGOs, die Verhaftung der jungen Aktivistinnen zum Frauentag und die konzentrierten Aktionen gegen Arbeitsrechtler sprechen eine deutliche Sprache. China liegt dabei im Trend: Einer Untersuchung zweier amerikanischer, einer norwegischen und einer mexikanischen Universität zufolge verschärfen 86 von 195 Ländern ihre Gesetze zu Geld aus dem Ausland für NGOs.

Die neuen NGO-Gesetze treffen aber nicht nur ausländische Stiftungen und NGOs, sondern zudem viele mutige Menschen in China, die jenen eine Stimme geben, die nicht für sich selbst sprechen kön-

nen. In Zukunft wird es in China wohl nur noch Service-Organisationen geben, aber keine mehr, die sich für Bürgerrechte einsetzen. Innerhalb der KP gibt es durchaus Reformer, welche eine lebendige Zivilgesellschaft wollen. Sie setzen sich nun dem Verdacht aus, antichinesisch zu sein. Zu groß sind die gegenwärtigen Probleme, als dass man der Mittelschicht, den Bauern oder auch NGOs das Feld überlässt. Fortan wird alles zur Chefsache. Proteste oder Bürgerrechtsbewegungen sollen möglichst komplett verschwinden.

Dieser Krisenmodus führt zur totalen Konzentration der Macht und zur Kontrolle der Gesellschaft. Deutschland sollte, eingedenk der eigenen Geschichte, versuchen, die chinesische Führung davon abzuhalten, ein solches politisches Eigentor zu schießen. Die opportunistische, wirtschaftlich motivierte Anbiederung an ein immer autoritärer werdendes Regime ist jedenfalls der falsche Weg.



Nora Sausmikak, 51, leitet das China-Programm der Stiftung Asienhaus in Köln und forscht dort zu Zivilgesellschaft, Erinnerungskultur und politischen Diskursen. FOTO: OH